Abend-Ausgabe

Preis 20 Pfg.

Deutsche Allgemeine Zeitung

60. Jahrg.

Erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal und bringt täglich eine Unterhaltungsbeilage und das illustrierte Sportblatt, jeden zweiten Sonntag eine Kunstbeilage, Donnerstags die große illustrierte Bilderchronik, außerdem täglich wechselnd die Beilagen: „Wirtschaft und Recht", „Der Weltverkehr", „Frau und Welt", „Lehren und Lernen", „Reisen und Wandern". Schriftleitung: Berlin SW 68, Wilhelmstraße 30-32. Fernsprecher: Kollendorf 4783-86.

Dienstag, 19. Juli 1921

Bezugspreis monatlich Mk. 12.—. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Dänemark, Deutsch-Oesterreich, Holland, Luxemburg, Norwegen, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn Bezug durch die Post, im übrigen Ausland nur unter Streifband vom Verlag. Preis für die 33 mm breite mm-Anzeigenzeile Mk. 1.50, für die 62 mm breite mm-Reklamezeile Mk. 4.50. Geschäftsstelle: Berlin SW 68, Wilhelmstr. 30-32. Fernsprecher Kollendorf 5980-85. Postscheck: Berlin Nr. 107941

Nr. 333

B 92

Tages-Spiegel.

Eine offizielle Antwort Englands auf die Note Briands über Oberschlesien ist bisher nicht erfolgt. Nach Reuter hat England Rückfragen an Briand gestellt.

*

Korfanty drängt in Paris auf eine beschleunigte Entscheidung der oberschlesischen Frage in polnischem Sinne.

*

Die englisch-irische Konferenz wurde bis Donnerstag vertagt, da De Valera wie Sir James Craig das Ergebnis der bisherigen Beratungen den Parlamenten in Dublin und Belfast vorzutragen beabsichtigen.

Der schwedische Ministerrat beschloß, den Reichstag aufzulösen.

Die türkische Verfassung.

Auf die staatsaufbauenden Leistungen Mustafa Kemals, dessen Tätigkeit bisher lediglich dem Nationalkampf gegolten hat, wird bereits verwiesen, weist der bekannte Orientkenner P. W. in der „Frankfurter Zeitung" hin. Er hebt hervor, daß inmitten des Feldlagers, als das man sich die Gundschaft der „Rebellen", Angora, mit Recht vorstellt und vielleicht noch lange vorzustellen haben wird, eine gesetzgeberische Tätigkeit von großem Ernst und modernem Geist entfaltet wird. Eine Probe davon bildet das Verfassungsgesetz, das von der „Großen Nationalversammlung" am 20. Januar d. J. angenommen worden und gleichzeitig in Kraft getreten ist. Ein historischer Akt ist damit vollzogen worden, der aller Voraussicht nach die Verleihung der Konstitution nach der Revolution von 1908 an Zukunftsbedeutung übertragen wird.

„Der Ausgangspunkt des Verfassungsgedankens war, so führt P. W. fort, offenbar die Furcht eigenen Willens in Angora zusammengetretene „Große Nationalversammlung" auf eine nicht näher bestimmte Zeit zu stellen. Die Definition ihrer Befugnisse und ihrer Beziehungen gibt einen demokratischen Zug, der in den einleitenden Sätzen mehrmals nachdrücklich betont wird. „Die Souveränität gehört der Nation. Das Wesen der Souveränität besteht darin, daß das Volk über sein Schicksal selbst entscheidet." Der Volksvertretung, also der Tscheka der Bolschewisten, wird gleichzeitig die Exekutive übertragen. Man könnte von einem Absolutismus des Parlaments oder der Parlamentsmehrheit sprechen! Die Volksvertretung übt ihre exekutive, d. h. ihre Regierungskompetenz im Wege der interessierten Instanzenzug durch die von ihr gewählten „Kommissare" (Wali) aus. Auf der letzteren Bezeichnung der Minister ist der Einfluß der sowjetistischen Terminologie zu erkennen.

Eine Sonderstellung nimmt der Präsident der „Großen Nationalversammlung" ein; sie liegt etwa in der Mitte zwischen der eines Staatschefs und der eines Ministerpräsidenten. Der Präsident unterschreibt einerseits die von der Nationalversammlung angenommenen Gesetze und er gegenzeichnet andererseits die ministeriellen Erlasse. Er präsidiert, unbeschadet des „Vorsitzenden", den der Rat der Kommissare aus seiner Mitte wählt, diesem Rat, sobald er an seinen Sitzungen teilnimmt. Der gegenwärtige Präsident der Großen Nationalversammlung ist Mustafa Kemal.

In einem zweiten Teile legt die Verfassung die Grundzüge der Landesverwaltung fest. Aus der früheren Gliederung sind die Vilajets (Provinzen) und Kazas beibehalten, die jedoch zu Selbstverwaltungskörpern werden. Der Provinzialgouverneur (Wali) wird von der Nationalversammlung gewählt — eine der sichtbarsten Konzessionen aus der exekutiven Funktion des Parlaments. Beseitigt ist die bisher zwischen Vilajet und Kaza eingeschaltete Zwischenstufe der Sandschaks. Als unterste Verwaltungseinheit werden die gleichfalls mit autonomer Persönlichkeit ausgestatteten Kommunen eingeführt, die je eine kleinere Stadt bzw. ein oder mehrere Dörfer umfassen, ihren Vorsteher (Mühir) selbst wählen und in dem gleichfalls gewählten Gemeinderat das Organ ihrer Selbstverwaltung haben. Eine für mehrere Bezirke, zweifaches in der zivilen Verwaltung, neue Organisationsform stellen die sogenannten General-Zivilkommissariate dar, welche Provinzen nach wirtschaftlichen Zusammenhängen unter sich bereinigend, eine Art Staatsaufsicht über den Unterschied zwischen den einzelnen autonomen Provinzen herbeiführen sollen.

Die spanische Militärmission.

Wie aus Koblenz gemeldet wird, ist die spanische Militärmission unter Führung eines neuen Abkommens des spanischen Königs dort eingetroffen, nachdem sie vorher Mainz, Bonn und Wiesbaden besucht hatte. Die deutsche Regierung ist von dieser Reise der spanischen Militärmission vorher in keiner Weise in Kenntnis gesetzt worden. Wie müßte diese Tatsache als außerordentlich bedauerlich bezeichnen. Die besuchten Gebiete sind nach wie vor deutsches Gebiet, wenn sie auch für die im Versailler Friedensvertrag vorgesehenen Fristen von den Alliierten besetzt sind. Vom Standpunkt der „Times" und Frankreich ist es zu verstehen, daß sie fremden Militärs deutsche Gebiete unter ihrer militärischen Okkupation zeigen wollten, weniger verständlich ist uns aber, daß Offiziere des spanischen Heeres, das während des Krieges mit seinen Sympathien durchaus auf seiten Deutschlands gestanden hat, sich zu Helfern dieser französischen unsichtbaren Siegerzeichen hergeben. Man darf wohl annehmen, daß den spanischen Militärs, die zu einer Besichtigung der französischen Schlachtfelder eingeladen waren, erst nachträglich von den Franzosen diese Exkursion in das besetzte Gebiet aufgenötigt worden ist. —r.

Amerika und der Völkerbund.

London, 19. Juli. (E. C.) Das amerikanische Staatsdepartement wendet sich gegen den ihm gemachten Vorwurf, daß es Mitteilungen des Völkerbundes unbeantwortet lägen. Was eine Mitteilung des Völkerbundes in der Opinnstage anbetreffe, so bestehe ein Haager Vertrag, der nur durch einen neuen Vertrag abgeändert werden könne, und es sei überzeichnet, daß der Völkerbunde dieser Vertrag nicht bekannt sei. Die Vereinigten Staaten hätten bei früheren Mitteilungen vom Völkerbunde erhalten, die bereits wertlos seien, daß sie keiner Antwort bedurft hätten.

Die englisch-irischen Besprechungen

Eigene Drahtmeldung.

P. London, 19. Juli.

Am Montag früh kehrte Lloyd George nach London zurück. Unmittelbar nach seiner Ankunft hatte er eine Unterredung mit dem Lordleutnant von Irland, Fitzgerald. Um ¼ nach 4 Uhr erschien De Valera mit seinen Kollegen in der Downingstreet; er wurde sofort zu Lloyd George vorgelassen.

Bigerald, der neue Direktor der Sinn-Feiner-Propaganda, der, wie gemeldet, am Sonntag freigelassen wurde, hat in einer Unterredung erklärt, daß kein Grund für De Valera und seine Kollegen vorläge, in diesem Augenblick mit dem Ulsterkabinett zusammenzukommen. De Valera werde keine einzige Gegenzahl als Ergebnis der Besprechungen in der Downingstreet annehmen oder verwerfen, ohne Genehmigung des Dail Eireann in Dublin. Wenn er dort Bericht erstatte, würde er aufs neue zu Lloyd George zurückkehren.

I. N. S. London, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Sir James Craig hatte eine Besprechung mit Lloyd George kurz nach der Zusammenkunft des Premierministers mit De Valera. Das Eintreffen von Sir James Craig ist deshalb von großer Bedeutung, weil vorher von Downingstreet angekündigt worden war, Craig würde mit Lloyd George nur dann beraten, wenn die Unterredung des Premierministers mit De Valera beziehungsweise ausfallen würde.

Nach einer Nachricht nach London trat übrigens der Premierminister auch mit dem Bizekönig von Irland zusammen.

Vertagung bis Donnerstag.

Der Schwerpunkt der Verhandlungen liegt entsprechend den vorstehenden Meldungen bis Donnerstag in Belfast und in Dublin. Die neue Konferenz mit Lloyd George wird nicht vor Donnerstag stattfinden, wie sich aus der nachstehenden Meldung ergibt:

London, 19. Juli. (E. U.) Sir James Craig und seine Kollegen der Ulsterregierung sind Montag abend nach Belfast abgereist. Am Abend wurde mitgeteilt, daß die Besprechungen am Donnerstag wieder aufgenommen werden.

Ueber die Gegensätze zwischen Dublin und Ulster unterrichten die beiden folgenden Meldung:

London, 18. Juli. (T. U.) De Valera scheint Lloyd George davon überzeugt zu haben, daß die Dominions-Homerule für Irland das beste wäre; aber nicht in der Form der südafrikanischen, sondern der kanadischen. Ulster könnte hierbei eine Sonderstellung seiner Selbstverwaltung erhalten. Es dürfe jedoch nur eine gelegentliche Körperschaft für Irland bestehen. Weiter meint De Valera, daß er als Vertreter der weitaus größten Mehrheit von Irland allein berechtigt sei, die Bedingungen mit Lloyd George festzusetzen.

London, 19. Juli. (E. C.) Ueber den Inhalt der Unterredungen verlautet nichts Genaues, doch ist die Stimmung nicht mehr so zuversichtlich wie in den letzten Tagen, da die Leute von Ulster den Standpunkt der Sinn-Feiner, die ein ungeteiltes Irland wünschen, nicht anerkennen wollen. Sie vermessen vielmehr darauf, daß sich bei den Wahlen zum Ulsterparlament eine entschiedene Mehrheit gegen die Sinnfeiner ergeben habe.

Lloyd George gegen die „Times".

Drahtmeldung.

London, 18. Juli. (W. T. B.)

Im Unterhause wurde eine Anfrage an den Premierminister gerichtet, ob es zutreffe, daß den Nordirlandsoldaten neuerdings die amtlichen Informationen verweigert würden.

Lloyd George erwiderte, am 13. d. M. habe die „Times" einen äußerst gehässigen und beleidigen Angriff gegen Lord Curzon gerichtet, und zwar im Zusammenhang mit wichtigen und schwierigen Verhandlungen, die er im Namen des Reiches führte. Es liege ein Versuch vor, gegen einen angesehenen amtlichen Vertreter in einem schwierigen Augenblick Vorurteile im Auslande wachzurufen. Unter diesen Umständen sei es erforderlich gewesen, daß die Regierung in ihrer Gesamtheit ihrer Mißbilligung Ausdruck gab. Amtliche Informationen seien der „Times" nach wie vor durch die Nachrichtenagenturen zugänglich, aber die Bevorzugung, ihre Vertreter zur Einholung von Informationen an amtlichen Stellen zu entsenden, sei ihr entzogen worden. Mit der oppositionellen Stellung des Blattes habe das nichts zu tun.

Lloyd George sagte noch, der Fall sei ohne Beispiel. Kein angesehenes britisches Blatt würde einen solchen Angriff veröffentlicht haben, der unter dem Namen des englischen Journalismus steht. Im Ausland habe die „Times" noch vielfach als eine Repräsentantin des gebildeten und offiziellen Englands da, in England selbst wisse man, daß sie diese Stellung schon seit langem nicht mehr innehabe.

*

Es handelt sich um die bekannten und von uns gemeldeten Angriffe der „Times", die Lord Curzon, übrigens aber auch Lloyd George selbst die Qualifikation zur Vertretung Großbritanniens auf der Washingtoner Konferenz absprachen.

Italien und die jugoslawische Seewehr.

Rp. Rom, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Meldung, daß das Schiff, das Frankreich Jugoslawien zum Geschenk machen wolle, nur ein kleines hölzernes Motorboot ist, beruhigte die erregten Gemüter in Rom. „Giornale d'Italia" sagt jedoch, unter Hinweis auf die stets italienfeindliche Haltung Jugoslawiens, auch für ein kleines Geschenk bab Frankreich den Zeitpunkt schlecht gewählt.

Adresse des schwedischen Gesandten.

Der schwedische Gesandte Freiherr von Essen-Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der 1. Legationssekretär von Reutersward die Geschäfte der Gesandtschaft.

Rückfragen an Briand.

Die englische Auffassung.

London, 19. Juli. (W. T. B.)

„Daily Expreß" verfischert, von zuständiger Seite gehört zu haben, daß in den Beziehungen zwischen Großbritannien und Frankreich infolge der Differenzen über die oberschlesische Frage eine zunehmende Spannung eintrete. Die britische Regierung weigere sich rundweg, weitere Truppen zu entsenden, da sie überzeugt sei, daß hierfür keine Notwendigkeit bestehe.

Reuter erfährt, daß Briand auf seine Anregung hin, eine Zusammenkunft von Sachverständigen herbeizuführen, die sich mit der oberschlesischen Frage beschäftigen sollen, angenommen wurde. Man nimmt an, daß es gut sein wird, daß es ganz unmöglich sein würde, irgendwelche Entscheidungen durchzusetzen, und daß es infolgedessen nutzlos sein würde, den Obersten Rat noch in diesem Monat einzuberufen. Da ihm auf vielen Gründen der August nicht passe, sei es nicht in der Lage, irgendein Datum vorzuschlagen. Ebenso seien die Franzosen der Ansicht, daß die alliierten Streitkräfte auf der Stelle vermehrt werden müßten.

Korfanty in Paris.

Drahtmeldung.

Paris, 19. Juli. (E. C.)

Korfanty, der hier eingetroffen ist, äußerte sich Zeitungsvertretern gegenüber folgendermaßen:

Oberschlesien ist unruhig und aufgeregt. Das wirtschaftliche Leben leidet sehr unter den gegenwärtigen Zustande. Für den Obersten Rat gibt es kein Hindernis, seine Entscheidung zu treffen und zur Durchführung zu bringen, und Polen hofft, daß dies auch geschehen werde. Sie hätten die Ueberzeugung, daß der Oberste Rat die oberschlesische Frage gemäß den Ergebnissen der Volksstimmung in billiger Weise lösen werde. — Korfanty ist überzeugt, daß, wenn die Alliierten so handeln würden, die Deutschen sich ruhig verhalten würden; sie würden nicht wagen, sich dem Willen des Obersten Rates zu widersetzen.

Auf den Einwurf eines Berichterstatters, was es mit den Drohungen des Generals Hofer auf sich habe, bezeichnete Korfanty diese als „bloßen Bluff". Die Deutschen gebrauchten starke Worte, wenn sie sich aber Taten gegenüber befänden, würden sie bescheiden und schweigsam. Die deutschen Industriellen in Oberschlesien wüßten sich gern den Polen zur Verfügung stellen und nichts anderes wünschen, als wieder in Ruhe arbeiten zu können. Die oberschlesische Frage müsse rasch gerecht werden, ohne daß das Land dabei eine Art Zauschobjekt bilde. Weiter damit zu warten, sei eine Gefahr für die ganze Welt.

*

Korfanty ist offenbar besorgt wegen der augenblicklichen Zurückhaltung Londons, die in der Frage der Truppensendung nach Oberschlesien zum Ausdruck kommt. Auch mag es ihn bedenklich machen, daß die Lage der Engländer im Nahen Orient sich bessere, und daß damit England freiere Hand gegenüber Frankreich bekommen könne. Korfanty drängt auf die Entscheidung; dabei passiert ihm ein kleines diplomatisches Unglück, das Briand nicht ganz angenehm sein wird: Die Deutschen in Oberschlesien sind auf einmal Lämmer, die alles über sich ergehen lassen werden. Korfanty wergibt, daß er damit den Briandschen Klagen und Truppenentsendungen den Boden entzieht.

Lloyd George zu den „Sanktionen".

London, 18. Juli. (W. T. B.) In Erwiderung auf eine Anfrage sagte Lloyd George im Unterhause, die Frage der Ausbehung der Zwangsmaßnahmen werde von der nächsten Sitzung des Obersten Rates ausgiebig geprüft werden. Bis dahin sei eine Diskussion zwecklos.

England und die Leipziger Prozesse.

London, 19. Juli. (W. T. B.) Der Parlamentskorrespondent des „Daily Telegraph" meldet, das Unterhausmitglied Major Christopher habe eine Anfrage an das Unterhaus gerichtet zur Unterstützung eines Antrages, der dem Unterhaus vorgelegt worden ist. Nach diesem Antrag soll das Haus seine Unzufriedenheit mit dem Ergebnis der Leipziger Prozesse aussprechen und die Regierung auffordern, Schritte zu unternehmen, um die Bestimmungen des Versailler Vertrages zur Anwendung zu bringen.

Die griechischen Anfangserfolge.

Drahtmeldung.

Angora, 18. Juli. (W. T. B.)

Mustapha Kemal Pascha und General Fewzi Pascha sind an die Front abgereist.

Konstantinopel, 18. Juli. (Havas) Nach Nachrichten von der Front hat es drei griechischen Divisionen gelungen sein, die Linie Pent Chesitt-Nazli Pascha zu besetzen, doch wurde der Vormarsch durch den türkischen Widerstand aufgehalten.

Paris, 19. Juli. (E. C.) Ein offizieller türkischer Bericht bestätigt, daß vier griechische Divisionen die Linie Pent Chesitt—Nazli Pascha besetzten. Die Hauptanstrengungen der Griechen konzentrieren sich auf den Abschnitt von Afsab. Die türkischen Truppen ziehen sich kämpfend zurück und fügen dem Feinde schwere Verluste zu. Eine fliegende türkische Abteilung hat die 150 Meter lange Eisenbahnbrücke von Afvanlar in die Luft gesprengt.

Im Gegensatz zu diesen aus türkischer Quelle stammenden Berichten melden die Griechen:

Athen, 16. Juli. (Presse-Bureau.) Die griechische Offensive schreitet regelmäßig fort. Jeder feindliche Widerstand ist überwunden. Griechische Truppen besetzten Afsab und Kutahia und haben die türkischen Kolonnen befindenden Schaufeln Wege nach Afsab-Sivri Hissar, der Nordgrenze ist der Feind auf seine befestigten Stellungen bei Afsab und Kodulidja zurückgeworfen worden. Die Türken befinden sich in vollem Schlagen gegen die Kutahia. Eine große Anzahl Kriegsgefangener und viel Kriegsgerät fielen in die Hände der Griechen.

Auflösung des schwedischen Reichstags.

Stockholm, 18. Juli. (W. T. B.) Der heute unter dem Vorsitz des Königs tagende Ministerrat beschloß, den Reichstag aufzulösen und Neuwahlen zur Zweiten Kammer auf die Zeit vom 11. bis 18. September anzuberaumen.

Vermögenssteuer in Norwegen.

Christiania, 18. Juli. (W. T. B.) Das Storting behandelte heute die Vorlage des vom Storting ernannten besonderen Ausschusses, betr. die außerordentliche Vermögenssteuer auf Vermögen über 200 000 Kronen. Wie der Storting-Präsident heute erklärte, wird die Steuer für Vermögen von 500 000 Kr. 1800 Kr., für Vermögen von 1 Million Kr. 6000 Kr., für Vermögen von 5 Millionen 58 000 Kr., für Vermögen von 10 Millionen 140 000 Kr. und für Vermögen von 20 Millionen 300 000 Kr. betragen. Bei der heutigen Abstimmung wurde der Vorschlag der Mehrheit mit 53 gegen 38 Stimmen angenommen.

Lohnbewegung im Ostrauer Revier.

Prag, 18. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Auf einer am 16. d. M. in Mährisch-Ostrau abgehaltenen Betriebsräteversammlung der Bergarbeiter kam die ernste Lage im Ostrauer Revier deutlich zum Ausdruck. Die Unternehmer haben den Kollektivvertrag gekündigt und wollen eine Lohnherabsetzung vornehmen. In einer Resolution wurde gegen die Kündigung des Kollektivvertrages Stellung genommen und die Arbeiterschaft aufgefordert, für einen eventuellen Streik in der nächsten Zeit zu sparen.

Der amerikanische Petroleumzoll.

Paris, 19. Juli. (W. T. B.) Die „Chicago Tribune" meldet aus Washington, Präsident Harding habe den Kongreß ersucht, die Bestimmung zu dem Petroleumzoll zu streichen; er verlange indessen Vollmachten, den Zoll gegen solche Länder in Anwendung zu bringen, die einen Exportzoll auf Petroleum erheben, das nach den Vereinigten Staaten geht.

Die Marienbader Verhandlungen.

Ungarische Nationalversammlung.

Budapest, 18. Juli. (W. T. B.)

In Beantwortung einer Interpellation über die tschechisch-ungarischen Verhandlungen in Marienbad erklärte Außenminister Graf Banffy, Ungarn sei bestrebt, im Interesse der europäischen Konsolidierung ein normales Verhältnis mit seinen Nachbarn herzustellen. In diesem Zweck sei die ungarische Regierung auch zu Opfern bereit.

In Marienbad seien Fragen des gegenseitigen Wirtschaftsverkehrs besprochen und ein kurzfristiges Handelsübereinkommen über den Austausch tschechischer Ware gegen ungarisches Weht vereinbart worden. Ein großes aber längeres Uebereinkommen stehe gegenwärtig nicht in Aussicht; es sei jedoch möglich, daß später eine weitere Annäherung erzielt werde. Die ungarische Regierung habe allerdings bestimmt, daß sie ihr durch den Frieden von Trianon auferlegten Lasten das Höchstmaß der Verpflichtungen bildeten, die Ungarn annehmen könne.

Der Minister sprach schließlich die Hoffnung aus, daß auf Grund der Erkenntnis ein freundschaftliches Verhältnis erzielt werde, daß man aufeinander angewiesen sei. Dies müsse zur Entspannung der gegenwärtigen politischen Atmosphäre führen.

Programmrede Bonomis.

Eigene Drahtmeldung.

Rp. Rom, 19. Juli.

Die Rede, mit der Bonomi gestern in der Kammer und im Senat das neue Kabinett einführte, war die typische Programmrede einer Koalitionsregierung, die sich ihrer schwachen Position bewußt ist. Sie stellte ein Programm auf, das jeder Richtung etwas bringen will und deshalb zergliederte jede scharfe Stellungnahme vermeidet.

In außenpolitischer Hinsicht war bemerkenswert, daß das Festhalten an den Allianzverpflichtungen und Freundschaften mit den Mächten betont und die entschiedene Zustimmung zur amerikanischen Abrüstungskonferenz erklärt wurde. Das Problem von Fiume will die Regierung durch die Herbeiführung einer gemeinsamen Hofenverwaltung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten lösen. Die Arbeitslosigkeit will die Regierung durch ein umfassendes Programm bekämpfen und der Arbeiterschaft eine Heranziehung des nationalen Gewerkschaftsrates zu sozialpolitischer Gesetzgebung entgegenkommen. Die Rede wurde nur von der katholischen Volkspartei wärmer aufgenommen.

Die Aufrollung der Mandatsfrage.

Paris, 19. Juli. (E. C.)

„New York Herald" meldet aus Washington: Die Alliierten haben das Recht der Vereinigten Staaten, bei der Verteilung der Mandate ihre Stimme abzugeben, anerkannt, und zwar sollen mit den Vereinigten Staaten Verhandlungen in der Mandatsfrage eröffnet werden. Diese Tatsache wurde gestern im Staatsdepartement bekannt. Damit erkennen die Alliierten selbst die Unrechtmäßigkeit der von ihnen vorgenommenen Verteilung der Mandate an, da die Vereinigten Staaten hiergegen nicht ihre Zustimmung gaben. Es werden also die Mandate Englands über Mesopotamien und Japans über die Insel Yap in Frage gestellt. Mit dieser Stellungnahme der Alliierten ist die Mandatsfrage vollständig aufgerollt worden.

Deutsch-amerikanische Verhandlungen.

Drahtmeldung.

Paris, 19. Juli. (E. C.)

„Chicago Tribune" meldet: Der amerikanische Geschäftsträger in Berlin, Dresel, hatte aus Washington, direkte Weisung, mit dem Außenminister Dr. Rosen, über die Frage zu sprechen, welche Friedensbedingungen zwischen Amerika und Deutschland festgelegt werden sollen. Der Korrespondent der „Chicago Tribune" erfährt aus Gesprächen mit einer hohen diplomatischen Persönlichkeit, daß die amerikanische Regierung von der deutschen „Anregungen zu empfangen wünschte, in welcher Weise der Friedensvertrag am wirksamsten gestaltet werden könnte, da die Beratungen über die Friedensresolution die Situation nur unwesentlich verändert hätten und Deutschland sich somit immer noch in einer komplizierten Lage befinde.

Gemäß den Erklärungen dieses Diplomaten wollen der amerikanische Geschäftsträger durch Washington beauftragt, dem deutschen Außenminister Anregungen vorzulegen, doch bezeichnete es die Gewährsperson des Korrespondenten als unrichtig, daß der deutschen Regierung gesagt, daß er damit den Briandschen Klagen und Truppenentsendungen den Boden entzieht.

Herrick Handelsgeschäftsträger in Berlin

Washington, 19. Juli. (E. C.) Charles E. Herrick, der erste Besitzer im Handelsamte Herbert Hoovers, wurde als erster Handelsgeschäftsträger für Berlin in Aussicht genommen.

Das Programm für Washington.

Drahtmeldung.

Washington, 19. Juli. (E. C.)

Gestern morgen fand im hiesigen Staatsdepartement eine Besprechung bezüglich der Abrüstungskonferenz statt. Die Stellungnahme der Vereinigten Staaten ist folgende:

Die Vereinigten Staaten werden keinerlei Reglement für die Konferenz aufstellen, sondern rechnen damit, daß dies die Konferenz selbst tun werde. Die Vereinigten Staaten hoffen, daß vor der eigentlichen Versammlung die Möglichkeit auf diplomatischem Wege Vereinbarungen treffen werden, wenn nötig, die zur Sprache kommenden Probleme genau festzustellen. Wenn die Vereinigten Staaten im voraus keine der Fragen festlegen lassen, welche auf der Konferenz behandelt werden sollen, so behalten sie sich andererseits das Recht vor, Debatte auf die Frage der politische Fragen auf die Tagesordnung gelangen, die mit dem bestimmten Zweck der Konferenz in keinerlei Verbindung stehen und somit nur den Erfolg der Konferenz in Frage stellen könnten.

London, 19. Juli. (W. T. B.) Der New Yorker Korrespondent der „Westminster Gazette" erklärt, von zuständiger Seite erfahren zu haben, Präsident Harding sei einer Einbeziehung der Frage der Philippinen in die Besprechungen der Abrüstungskonferenz nicht abgeneigt. Für die Frage der Unabhängigkeit der Philippinen werde es darauf ankommen, ob die Mächte sich bereit finden würden, deren territoriale Unverletzlichkeit zu garantieren.

Die offene Tür in China.

P. London, 19. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung der „Times" aus New York ist man in Washingtoner Regierungskreisen übersogt, daß Japan vereinbart worden, die Beharrung der Frage der Abrüstung zu beschränken. Bezüglich der Frage der offenen Tür in China erwarte man in Washington, daß Japan eine bevorzugte Stellung und Vorzugsrechte beanspruchen werde unter Hinweis auf die besonderen Interessen, welche in den Abkommen zwischen Lansing und Ishii im Jahre 1917 Rechnung getragen worden sei.

*

In dem Abkommen von 1917, das vom Staatssekretär Lansing und dem japanischen Gesandten in Washington Ishii unterzeichnet wurde, erkennen die Vereinigten Staaten die besonderen Interessen Japans in China an, die entweder sich der Grundsatz der „offenen Tür" für China bestätigt. In dem Abkommen fehlt aber jede klare Feststellung der Rechte, die Japan zur Geltendmachung seiner besonderen Interessen ausüben soll. Im wesentlichen drückt das Abkommen nichts anderes aus, als Gleichberechtigung Japans und Amerikas in China.

Die Beschlagnahme der Juwelen des Prinzen Friedrich Leopold.

Zu der Meldung über Beschlagnahme der Juwelen des Prinzen Friedrich Leopold wird uns mitgeteilt:

Vor einigen Jahre wurde gerichtsmäßig bekannt, daß Friedrich Leopold einen großen Juwelenschatz besitze und daß dieser verschwunden wäre. Als die sogenannte Sanierungsaktion eingeleitet wurde, stellte sich heraus, daß der Prinz Juwelen für einen Preis von 550 000 Franks in der Schweiz verpfändet hat, um Rückkaufscheine zu kaufen. Der Vertreter des Finanzministeriums hat diese Juwelen angestellt und aufgemacht, daß sie dem Finanzministerium ausgehändigt werden; sie wurden auf den Namen des Preußischen Finanzministeriums in einer Berner Bank hinterlegt. Wie die Juwelen in die Schweiz gebracht werden konnten, ist bisher nicht feststellt worden. Das Finanzministerium teilt mit, daß die entsprechenden Schritte eingeleitet werden würden, wenn sich herausstellen sollte, daß die Juwelen auf gesetzwidrigen Wege in die Schweiz gebracht wurden.

Kriegswolken aus Osten.

Ludwigs XIV. Finanzminister Colbert, der sonst gegenüber den Geldbedürfnissen der damaligen französischen Expansionspolitik immer den Grundsatz der Sparsamkeit vertrat, schrieb im Jahre 1666, keine Summe, die Frankreich an Polen wende, sei vergebens ausgegeben worden. Wie der „Figaro" über die Einigung des Vierervrats wegen der oberschlesischen Abstimmung zu berichten weiß, hat Clemenceau dort erklärt, Polen müsse das trennende Glied zwischen Deutschland und Rußland bilden. Immer hat Frankreich im Osten des Deutschen Reiches einen Verbündeten gesucht, der das Deutsche Reich auf der Frankreich abgekehrten Front zu beschäftigen in der Lage war. Was Franz I. von der Türkei erwartete, das suchte Richelieu im Dreißigjährigen Kriege mit Schweden zu erreichen. Dann trat Polen in den Gesichtskreis von Paris. Im 18. Jahrhundert schien die französische Einteilung Polens durch die sächsischen Könige ausgeschaltet zu sein. Stanislaus Leszynski, der Schwiegervater Ludwigs XV., versuchte zwar schließlich auf den Thron von Warschau. Durch ihn erhielt aber Frankreich Lothringen. Solange Rußland auf seiten der Frankreich gegenüberstehenden Mächte stand, suchte sich dieses der Polen zu bedienen. Von Napoleon I. über Ludwig Philipp und die Revolution von 1848 wird diese Politik bis zum Ende des zweiten Kaiserreichs verfolgt. Die britte Republik schloß dann das Bündnis mit dem Zaren. Solange Rußland das Gegengewicht gegen Deutschland bildete, hörte man nichts von Polen. Das taucht aus der Versenkung erst in dem Augenblick auf, wo die Bolschewisten zur Macht kamen. Nun war Polen auf einmal wieder der natürliche Freund Frankreichs geworden, das im Falle eines Sieges Rußlands nie daran gedacht hätte, die Erfüllung des bekannten Polenmanifestes des Großfürsten Nikolaus vom Jahre 1915 dem Petersburger Verbündeten gegenüber auch nur anzudeuten. Als der Weltkrieg zu Ende ging, war auch in England eine gewisse Neigung vorhanden, Polen zu stärken. Man sprach noch an der Themse mit der Möglichkeit, daß Deutschland nicht immer am Boden liegen würde. Deshalb wurde man in England vorausschauend zu handeln, indem man das Deutschen im Osten Aufsaden stellte, die sie bei einem Erstarken auf Jahre hinaus beschäftigen und vom Westen abkehren würden. Man hat Bertrauen in die Lebensfähigkeit eines über Kongreßpolen selbst hinausgreifenden polnischen Staatswesens in Großbritannien nie so groß gewesen wie in Frankreich, wo man die Dinge gern so sieht, wie man sie in Wirklichkeit haben möchte, so haben die Eindrücke, die England im vergangenen Jahre bei den polnisch-russischen Auseinandersetzungen gewonnen hat, die Beurteilung der polnischen Aussichten in London sehr ungünstig beeinflußt.

Es mußte überraschen, daß Frankreich angesichts der Verwicklungen Englands im Nahen Orient und der kommenden Erörterungen mit Amerika ausnahmsweise eine rasche Fällung der oberschlesischen Entscheidung wünscht. Offenbar glaubten die Franzosen, durch eine Rot Uebersumpelung Londons an das Ziel ihrer und der polnischen Wünsche zu gelangen. Aber nachdem es gelegen hatte, die Vertreter Frankreichs, Englands und Italiens in der Interalliierten Kommission seien übereingekommen, die Sperrgebiete Oberschlesiens zur Grundlage der oberschlesischen Regelung zu machen, stellte es sich auf einmal heraus, daß die Abgesandten der anderen Verbündeten doch nicht bereit waren, die französischen Forderungen zu unterstützen. So tritt Paris plötzlich für eine Vertagung ein. Es hofft sie scheinbarig damit zu begründen, daß der deutsche Gesichtspunkt der Abstimmungsgebiet eine Armee und gewissermaßen eine Generalprobe für die Mobilmachung in Deutschland sich darstelle. Werde jetzt eine Entscheidung gefällt, so könne es zu einem bewaffneten Zusammenprall zwischen Deutschen und Polen kommen. Es ist ja bekannt, daß die französische Regelung des oberschlesischen Problems also auf eine glatte Bereinnahmung des deutschen Mehrheit ausgelaufen soll, hoffen die Franzosen durch Aufschub zu erlangen, was sie auf anderem Wege nicht durchzusetzen vermeinen. Sie rechnen einmal damit, daß England im Herbst noch viel mehr als jetzt mit den großen oberschlesischen Problemen beschäftigt sein wird, und ihr arbeiten darauf hin, eine Lage zu schaffen, die es ermöglicht, das Abstimmungsergebnis überhaupt beiseite zu schieben.

Kann gibt es ein verhältnismäßig einfaches Mittel. Korfanty wird von Paris aus von General Le Rond unverhüllt unterstützer. Aufstand hat noch nicht völlig Frankreich entfremdet. Das Aufbreiten des polnischen Gebiets also auf wirksamere Weise ergänzt werden. Seit einiger Zeit werden die deutschen Vertreter in Warschau in jeder möglichen Weise schikaniert, und die Zahl der amtlichen Persönlichkeiten Steine in den Weg zu legen sucht, so erschwert man den in Polen längen Deutsche das Dasein. Besonders haben dennoch die Berichterstatter der deutschen Zeitungen zu leiden. Im Zusammenhang mit den Vorgängen in Oberschlesien und den Bedrückungen, denen die in Westpolen verbliebenen Deutschen ausgesetzt sind, scheint hierin System zu liegen. Polen versucht augenscheinlich, das deutsche Volk aufzureizen. Ein Konflikt soll vom Zaun gebrochen werden. Lassen sich dann die Deutschen irgendwie dazu hinreißen, gegen Polen im zu unterstehen, so ist der Vorwand da, um einen Krieg zwischen den beiden Nachbarstaaten zu entfesseln. Polen verfügt über eine starke von französischen Offizieren ausgebildete Armee von 600 000 Mann. Wer diese ursprünglich zur Abwehr der Russen bestimmt, und trachtete Warschau danach, durch den Ausbau von Befestigungen an Rumänien und Frankreich seine weit in russisches Land hineinreichenden Ostgrenzen sicherzustellen, so scheint heute die Gefahr von dieser Richtung her ausgeschaltet zu sein. Der Ausfall Gorkis mit seinen herzerschütternden Schilderungen des Elends im Zaunsterstand sich erkennen, wie schlimm die Zustände unter der roten Herrschaft